

Managed-Care-Modelle dürfen nicht erzwungen werden

Geht es nach dem Nationalrat, muss künftig den doppelten Selbstbehalt bezahlen, wer sich nicht in einem Managed-Care-Modell versichern will. „Unverständlich“, findet EVP-Nationalrätin Maja Ingold (ZH). Die integrierten Versorgungsnetze müssten durch Qualität und ihre Vorteile für die Patientinnen und Patienten überzeugen und dürften nicht erzwungen werden.

Heute Donnerstag hat der Nationalrat erneut die Managed-Care-Vorlage (Teilrevision Krankenversicherungsgesetz) beraten. Grundsätzlich wollen sowohl National- wie Ständerat die Versicherten zum Wechsel in integrierte Versorgungsnetze wie Gemeinschaftspraxen, HMO-Modelle, etc. bewegen. Die EVP ist damit einverstanden, wie Nationalrätin Maja Ingold ausführte: „Der Ausbau von Ärztenetzen wird einen Beitrag leisten, um die Kosten in den Griff zu bekommen und gleichzeitig eine qualitativ hochstehende Versorgung anbieten zu können.“

Leider hat der Nationalrat heute auf einem doppelt so hohen Selbstbehalt von 20% bestanden, wenn sich jemand nicht in einem Ärztenetz versichern will. Die EVP hat den Kompromissvorschlag der nationalrätlichen Gesundheitskommission unterstützt, wonach herkömmlich Versicherte 15% der Kosten hätten übernehmen müssen (heute 10%) und im Gegenzug jene Patienten, welche in ein integriertes Versorgungsnetz wechseln, mit einer tieferen Kostenbeteiligung von 7.5% belohnt worden wären. „Integrierte Versorgungsnetze müssen durch ihre Qualität und ihre Vorteile für die Patienten und Patientinnen überzeugen. Sie dürfen nicht erzwungen werden, wie es der Nationalrat will“, meint EVP-Nationalrätin Maja Ingold (ZH). Auch bei der Frage der Höchstkosten pro Kalenderjahr hätte die EVP die Lösung des Ständerates favorisiert, welcher diesen auf 500 Franken senken will, sofern sich jemand einem Ärztenetzwerk anschliesst (heute 700 Franken).

Hingegen überzeuge der Entscheid des Nationalrates, die Krankenkassen weiterhin zu mindestens einem Versicherungsmodell mit einem integrierten Versorgungsnetz zu verpflichten. „Wichtig ist, dass weder die Leute in Randregionen noch chronisch Kranke von der Revision bestraft werden“, betont Maja Ingold. „Sie können unter Umständen gar nicht in ein Ärztenetz wechseln, zu dem man sie nun zwingen will. Diese Probleme dürfen nicht ausgeblendet werden“, sorgt sich Ingold.

Bern, den 3. März 2011/nh

Für Auskünfte:

Heiner Studer, Präsident der EVP Schweiz: 079 445 31 70

Nationalrätin Maja Ingold: 079 339 23 22

Joel Blunier, Generalsekretär EVP Schweiz: 076 379 76 79

Niklaus Hari, Leiter Kommunikation EVP Schweiz: 079 202 72 27
